



Zu viele Krankheitstage? Stoppt das Beschäftigten-Bashing!

Oops, he did it again. Bundeskanzler Friedrich Merz hat bei den Beschäftigten mal wieder ordentlich Pluspunkte gesammelt. Nachdem er erst kürzlich mehr Leistungsbereitschaft und eine [Abschaffung des Arbeitszeitgesetzes](#) gefordert hatte, ist ihm nun der angeblich zu [hohe Krankenstand](#) ein Dorn im Auge. Und ein Schuldiger ist auch schon gefunden: Die telefonische Krankschreibung. Nach Ansicht von Merz setzt sie nämlich die falschen Anreize, lädt zum Missbrauch ein und verhindert damit eine Erhöhung des volkswirtschaftlichen Outputs. Doc Holiday ist offenbar zu fleißig. Sarcasm off.

Statistischer Sondereffekt greift

Wer zu einer solchen Schelte ausholt, sollte zumindest faktenbasiert agieren. Es stimmt zwar, dass es zuletzt eine Zunahme der Krankheitstage gegeben hat (siehe Grafik). Für den Anstieg gibt es laut Expertenkreisen jedoch eine simple Erklärung: Neben dem Anstieg von Atemwegserkrankungen wurde Anfang 2022 die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (AU) eingeführt. Seitdem werden alle Krankschreibungen systematisch erfasst, eine Erfassungslücke schlichtweg geschlossen. Mitnichten lässt sich daraus ein Vorwurf gegen die Beschäftigten konstruieren.

Kaum telefonische Krankschreibungen

Nun stellt sich die Frage, ob der Kanzler wenigstens bei der telefonischen Krankschreibung einen Punkt hat. Kurze Antwort: Nein. Bei ihr handelt es sich um alles andere als ein Massenphänomen, von missbräuchlicher Nutzung ist keine Rede. Das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung (Zi) kommt in einer [Datenanalyse zu dem Ergebnis](#), dass auf die telefonische Krankschreibung jährlich nur 0,8 bis 1,2 Prozent aller Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen zurückgehen. Trotzdem ist sie ein wichtiges Instrument, weil sie Hausärzte entlastet und Infektionsgeschehen in Praxen vorbeugt.

Präsentismus ist stark ausgeprägt

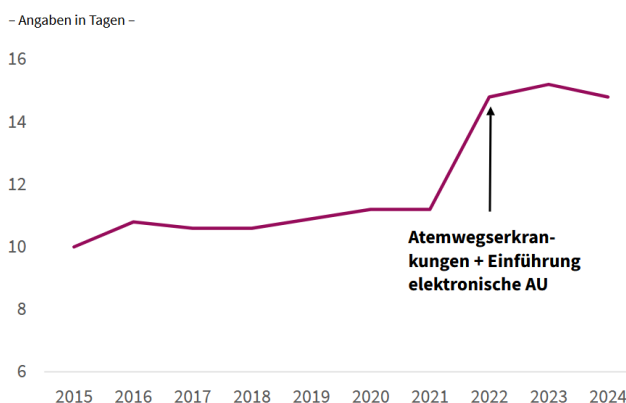
Fakt ist: Ohne jede Grundlage hat Merz die Beschäftigten (und Hausärzte) unter Generalverdacht gestellt und zu simulierenden Blaumachern erklärt. Das ist unanständig. Empirisch nachgewiesen ist

hingegen, dass [fast zwei Drittel der Beschäftigten](#) bei der Arbeit erscheinen, obwohl sie sich krank fühlen. Doch über diesen kontraproduktiven Präsentismus verliert der Kanzler kein Wort. Stattdessen reproduziert er lieber im Wochentakt die Märchenerzählungen aus dem Arbeitgeberlager.

Wichtige Themen unter dem Radar

Dabei gebe es bei Arbeit und Gesundheit reichlich Fragen zu diskutieren. Wie gelingt es, Beschäftigte länger fit im Beruf zu halten? Wie ist der Zunahme psychischer Erkrankungen zu begegnen? Was muss

Entwicklung der Krankheitstage pro Beschäftigten



Quelle: Statistisches Bundesamt 2026; eigene Darstellung

~ 1 %
der AU-Bescheinigungen entfallen auf die telefonische Krankschreibung

geschehen, um Pflegekräfte zu entlasten? Welche Folgen zieht die zunehmende Arbeitsverdichtung nach sich? Darauf sind strukturelle Antworten erforderlich, und eben keine billige Effekthascherei auf dem Rücken der Beschäftigten.

Anschuldigungen ersetzen keine Politik

Nicht zuletzt bleibt es völlig unklar, wie die haltlosen Unterstellungen des Kanzlers der Konjunktur auf die Beine helfen sollen. Gleiches gilt auch für die [unsägliche Teilzeit-Debatte](#). In einer Phase, in der monatlich tausende Industriearbeitsplätze verlorengehen, ist [gute Wirtschaftspolitik](#) notwendig. Das heißt: Öffentliche und private Investitionen ankurbeln, Standorte sichern und mit einer aktiven Industriepolitik den transformativen Umbau unterstützen. Die Beschäftigten sind es einfach leid, als Sündenböcke herhalten zu müssen.

